

nicht im Einklang mit dem ‚Wildlife‘ stehe. Darüber hinaus machen ihnen Unternehmen, die ausländische Jagdgesellschaften ins Land holen, den ohnehin kleiner gewordenen Lebensraum streitig.

Der Beitrag der Wanderhirten zum Ökosystem (z.B. Landschaftserhalt durch schonende Weidewirtschaft, genetische Vielfalt und dadurch robuste Rassen) wird von der Regierung unterschätzt und ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt nicht erfasst. Dabei sind 25 % der Bevölkerung abhängig von dieser Art der Viehzucht. Dennoch erklärte die Landministerin Prof. Anna Tibaijuka auf der Konferenz das Nomadentum zu einem nicht zukunftsfähigen Auslaufmodell.

Benachteiligung der Frauen

Zwar produzieren afrikanische Frauen 60-80 % der Nahrungsmittel, werden jedoch beim Zugang zu Land

und Kapital stark benachteiligt. Nur 1 % Frauen sind als Landbesitzerinnen registriert und nur 10 % der für die Landwirtschaft vergebenen Kleinkredite gehen an Frauen. Lediglich 7 % der Frauen haben Zugang zu landwirtschaftlichen Fortbildungsprogrammen. Sie werden kaum gehört, wenn es um Entscheidungen in Landfragen geht. Die Arbeitsbedingungen für Frauen auf den Plantagen sind diskriminierend. Im Kranken- oder Schwangerschaftsfall wird ihnen oft keine Arbeitsbefreiung gewährt. In vielen Fällen sind die Männer dieser Frauen in die Städte abgewandert, um für die Familien Geld zu verdienen, sodass die Frauen alleine für ihre Familie und den Haushalt verantwortlich sind. Nach tansanischem Recht sind Frauen erbberechtigt. Allerdings wissen das nur wenige Frauen oder sie haben kaum Chancen, ihr Recht durchzusetzen. Oft wird noch das traditionelle Recht praktiziert, nach dem die Frau nach dem Tod ihres Mannes in ihre Ursprungsfamilie zurückgeschickt wird, während der Besitz bei der Familie ihres Mannes bleibt.



Lösungsansätze

Die Probleme in Tansania sind ähnlich auch in vielen anderen Staaten zu finden. Aus diesem Grund hat die FAO Leitlinien verabschiedet, an die sich alle Regierungen und auch alle Investoren halten sollen (Details dazu siehe: „Flächenkonkurrenz – das Beispiel Landdaten“)

Die Regierung Tansanias könnte diese Leitlinien umsetzen und einiges tun, um die ungerechten Praktiken bei Landübertragungen zu verhindern: Bei Investitionen in Plantagen müssen die nationalen Gesetze und internationale Abkommen eingehalten werden. Vor der Anlage von Plantagen müssen umfassende Gutachten über die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Investition durchgeführt und die Ergebnisse umgesetzt werden. Es sollten keine Zwangsumsiedlungen stattfinden, und der Erwerb von Land soll in rechtsstaatlichen Prozessen und nur mit Zustimmung der lokalen Bevölkerung auf der Grundlage einer freien, informierten und vorherigen Meinungsbildung erfolgen.

SÜDWIND

Seit über 20 Jahren engagiert sich SÜDWIND e.V. für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Das Institut deckt ungerechte Strukturen auf, macht sie öffentlich und bietet Handlungsmöglichkeiten durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Gespräche mit den Verantwortlichen aus Politik oder Unternehmen, Engagement in Kampagnen und Netzwerken oder Beraten und Begleiten von Aktionen für Verbraucherinnen und Verbraucher.



Impressum
Siegburg, Dezember 2013

Herausgeber
SÜDWIND e.V. – Institut für
Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58-60
53721 Siegburg
Tel.: +49(0)2241-26609-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

AutorInnen:
Friedel Hütz-Adams, Mara Mürlebach,
Kirsten Potz

Redaktion und Korrektur:
Vera Schumacher
V.i.S.d.P.:
Martina Schaub

Gestaltung:
www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Mit finanzieller Unterstützung des

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**
Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

 **STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**

Gefördert durch: Evangelischer Kirchenverband Köln
und Region, Evangelische Kirche im Rheinland und
Altner-Combecher-Stiftung für Ökologie und Frieden

Flächenkonkurrenz – das Beispiel Tansania

In den vergangenen Jahren hat sich weltweit die Debatte über die Nutzung von Land zugespitzt. Dabei steht häufig das Problem des sogenannten Landgrabbing im Mittelpunkt: Ausländische Konzerne kaufen in Entwicklungsländern große Flächen auf, um dort Produkte für den Export anzubauen. Es wird aber oft übersehen, dass bereits viele Flächen in Entwicklungsländern dafür genutzt werden, Produkte für Industrieländer anzubauen.

Konflikte um Land

In Tansania hat es in den letzten Jahren eine Reihe von Konflikten gegeben, deren Ursache Auseinandersetzungen über die Nutzung von Land sind. Dabei steht auf den ersten Blick grundsätzlich genügend Land zur Verfügung.

Tansania, ein Staat in Ostafrika, der an Kenia und Uganda grenzt, hat eine Fläche von 88,6 Mio. Hektar, von denen laut Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) rund 11,6 Mio. Hektar landwirtschaftlich genutzt werden. Auf 18,3 Mio. Hektar können keine landwirtschaftlichen Güter angebaut werden, da es sich um Ödland handelt oder da diese Fläche bebaut ist. Mehr als 55 Mio. Hektar sind von Wald bedeckt oder dienen als Weiden, könnten jedoch zum Teil als Felder oder Plantagen landwirtschaftlich genutzt werden.

Die Regierung fördert Investitionen in den Aufbau von Plantagen für Agrotreibstoffe und in den Ausbau von Minen, vor allem zur Förderung von Gold. Sie geht davon aus, dass es große ungenutzte Flächen gibt, die an neue Nutzer übergeben werden können.

Der größte Teil der Bauernhöfe in Tansania ist klein. In der Regel steht einem tansanischen Haushalt 1 Hektar Fläche zur Verfügung, der in den meisten Fällen zur Produktion von Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf genutzt wird. Überschüsse werden auf dem lokalen Markt verkauft. Die meisten Menschen nutzen ihr Land hier seit Generationen ohne formelle Besitzrechte. Zudem gibt es Flächen, die gemeinschaftlich genutzt werden oder für die bestimmte Volksgruppen Durchzugsrechte besitzen. Einzelne Mitglieder der politischen oder wirtschaftlichen Elite haben große Flächen Land für sich beansprucht.

Land gehört der Bevölkerung

Land kann in Tansania grundsätzlich nicht ge- oder verkauft werden, es gehört der Gesamtbevölkerung. Die Dorfgemeinschaften verfügen über die Nutzungsrechte an ihren Flächen (village land); außerdem gibt es Naturschutzgebiete und Nationalparks (reserved land, ca. 30 % der Landfläche). Der Rest ist Land, über dessen Nutzung der Präsident als Treuhänder Nutzungsrechte bis max. 99 Jahre vergeben kann (general land). Er kann, wenn es im „öffentlichen Interesse“ ist, Dorfland in allgemeines Land umwidmen.

Problematisch dabei ist, dass nach Aussage des Landwirtschaftsministeriums dem Staat das Geld für die Vermessung fehlt. Daher besteht oft keine Rechtssicherheit über die tatsächliche Größe des Landes, das einem Dorf zur Verfügung steht. Zudem finden sich in den bestehenden Gesetzen Widersprüche, ob zum general land auch ungenutztes village land gehört. Genau an diesem Busch- und Weideland und nicht an landwirtschaftlich unbrauchbarem Land sind viele Investoren interessiert.

Der Agrotreibstoff Jatropha

Welche Folgen die Vergabe von Landrechten an Konzerne haben können, die große Flächen bearbeiten wollen, zeigen die Kontroversen um den Anbau von Jatropha. Die Jatrophapflanze trägt Nüsse, aus denen sich Öl pressen lässt, das wiederum als Ersatzstoff für die Herstellung von Diesel dienen kann. Da die Pflanze relativ anspruchslos ist, könnte sie auf Flächen angebaut werden, die für Nahrungsmittel ungeeignet sind. Mit dem gewonnenen Öl könnte dann die Energieversorgung von Menschen in entlegenen Gebieten sowie über den Export des Brennstoffes die Einkommen von kleinbäuerlichen Familien verbessert werden.



Foto: Jeff Walker/CIFOR

Einige Unternehmen wollten große Flächen für den Anbau von Jatropha pachten. Für die Verhandlungen mit Interessenten soll das Tanzania Investment Center (TIC) als zentrale staatliche Anlaufstelle den ausländischen Investoren den Zugang zu Land erleichtern. Das bedeutet zwar einerseits klare Strukturen und kurze Wege, doch andererseits ist das Verfahren undurchsichtig und kaum nachvollziehbar. Es kann mehrere Jahre dauern, bis Investoren Zugriff auf das gewünschte Land erhalten. Viele Unternehmen und Investoren interessierten sich allerdings weniger für degradiertes Land, als vielmehr für fruchtbares Busch- und Waldland, da Jatropha nur auf solchen Flächen Erträge garantiert, die den Anbau wirtschaftlich lohnend machen. Bei Übertragungen von Land an Unternehmen kam es in der Vergangenheit oft zu Konflikten: Auch wenn die Flächen meist nicht bebaut werden, sammeln die Menschen aus den umliegenden Dörfern dort ihr Feuerholz, ernten Früchte und Pilze sowie Pflanzen für traditionelle Heilmittel.

Weitere Konflikte entzündeten sich bei der Frage nach der Höhe der Entschädigung für Land. Die gesetzlichen Bestimmungen lassen erheblichen Interpretationsspielraum. Unternehmen, lokale Behörden, Regierungsstellen und Betroffene stehen zwar im Dialog und sollen gemeinsam Lösungen erarbeiten. Oft ist jedoch nicht klar, wer für die Verhandlungen zuständig ist, wie weit die Partizipation der lokalen Bevölkerung am Entscheidungsprozess geht und wie konkret die Informationen über die Pläne sein müssen. Es ist vielfach nicht nachvollziehbar, wie viel Geld als Entschädigung gezahlt wurde und wer dieses Geld erhielt. Im Distrikt Kisarawe fühlt sich die Dorfbewölkerung beispielsweise um 9.000 Hektar Land betrogen, auf denen das Unternehmen Sun Biofuels eine Plantage angelegt hat.

Jatrophaanbau in Kisarawe

Ein Bericht von Kirsten Potz

Unser Bus rumpelt nach Kisarawe, einem Bezirk 70 km südwestlich von Dar es Salaam. Bevor die Landkonferenz beginnt, wollen wir von DorfvertreterInnen hören, welche Erfahrungen sie mit einem ausländischen Investor gemacht haben.

Elf Dörfer haben in Kisarawe sogenanntes ‚unbrauchbares‘ Land an die britische Firma Sun Biofuels verloren. Die Firma hat darauf vier Jahre lang auf 9.000 Hektar Jatropha zur Treibstoffgewinnung angebaut.

Der Investor kam im Jahr 2006 in Begleitung eines Regierungsvertreters und bat die DorfbewohnerInnen um 9.000 Hektar Land. In Tansania entscheidet die Dorfversammlung, ob vom Dorf genutztes Land in allgemeines, vom Präsidenten als Treuhänder verwaltetes Land umgewandelt werden kann. Im Gespräch merken wir: Die DorfbewohnerInnen wissen nicht, wie groß ihr Land eigentlich ist, und haben auch keine Vorstellung davon, wie viel 9.000 Hektar sind.

In Kisarawe versprach der Investor Wasser, Schulen, Gesundheitsdienste und Straßen. Besonders verlockend erschien die Zusage von Arbeitsplätzen. Die DorfbewohnerInnen stimmten zu. Dabei wurden weder die Höhe und der Zeitrahmen der versprochenen Leistungen noch die der Entschädigung festgeschrieben. Nach der Transaktion hatten die Menschen keinen Zugang mehr zu ihren Wasserstellen, konnten kein Feuerholz, Pilze, Honig und Heilkräuter mehr sammeln. Auch die Versprechungen von neuen Straßen, Schulen, besserer Wasserversorgung, Gesundheitsdiensten und vor allem Arbeitsplätzen haben sich nicht erfüllt.



Tagung zu Landkonflikten in Dar es Salaam 2013

Um einen Austausch über die Landkonflikte auf breiter Basis zu ermöglichen und gemeinsam Lösungsansätze zu finden, die zu mehr Gerechtigkeit und Frieden im Land beitragen, hat die Evangelisch-Lutherische Kirche von Tansania (ELCT) vom 9.-13. September 2013 mehr als 200 Vertreter von religiösen Gemeinschaften, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, Nichtregierungsorganisationen aus dem In- und Ausland nach Dar es Salaam eingeladen. Der ehemalige Präsident Benjamin Mkapa gab zu Beginn einen Überblick über die Landverhältnisse in Tansania und machte die Position des Staates deutlich: Der Staat müsse auf Modernisierung, Technisierung und Investition setzen. Darum baue er statt auf die traditionellen kleinbäuerlichen Strukturen auf mittlere und große landwirtschaftliche Betriebe. Auch von Landkonflikten betroffene Männer und Frauen kamen zu Wort. Sie berichteten aus unterschiedlichen Bezirken über Vertreibungen, den Ausbau von Jatrophaplantagen und Konflikten zwischen Bauern und Wanderhirten.

Die Firma stellte als erstes Manager und Aufseher aus Dar es Salaam ein, die wiederum Arbeitsplätze an ihre eigenen Freunde und Verwandten vermittelten. Den DorfbewohnerInnen blieb ein Tagelöhnerdasein, entlohnt mit 2,50 Euro pro Tag. „Wir wurden wie Vieh auf LKWs verladen und zur Arbeit gebracht“, berichten sie. „Man hatte nur 15 Minuten am Tag, um sein Essen zuzubereiten.“ Es gab keine Arbeitsverträge; man stellte sich morgens an, bekam Arbeit oder auch nicht. Als später Leute fest angestellt wurden, erhielten sie nicht mehr Lohn als zuvor als Tagelöhner. Männer aus dem Dorf wanderten ab und suchten Arbeit außerhalb. So schufteten auf den Jatropa-Plantagen überwiegend Frauen. Da sie ohne Schutz vor den Insektiziden arbeiteten, häuften sich gesundheitliche Probleme, die eine Weiterarbeit unmöglich machten. Als zusätzliche Bürde kam für sie hinzu, dass der Zugang zu den Wasserstellen durch den Landdeal verwehrt wurde. Die ohnehin schon hart arbeitenden Frauen müssen nun noch mehr Zeit und Kraft für das Wasserholen aufwenden.

Der Investor zog sich nach vier Jahren zurück, er ging Konkurs. „Wenn heute wieder jemand käme, würden wir auf guter Information, Beteiligung am Entscheidungsprozess, unabhängiger Beratung und klaren Verträgen bestehen“, sagen die DorfbewohnerInnen. Ob die Regierung jemals das Land wieder als Dorfland zurückgibt, ist fraglich. Zu stark ist das „öffentliche Interesse“, zu schwach sind die Menschen von Kisarawe.

Die Ergebnisse der Tagung sind neben der Gründung einer Plattform für Vernetzung – ‚Yukwa ya haki ardhi‘ oder Forum Landrechte – ein detaillierter Katalog mit Empfehlungen an Regierung, Kirchen, Schulen und die Zivilgesellschaft. Beschlossen wurden konkrete Forderungen beispielsweise für eine bessere Umsetzung der Gesetze, für die anstehende Verfassungsreform, für Landgesetzreformen, für politische und ethische Bildung, gute Regierungsführung oder eine stärkere Bürgerbeteiligung.

Bischof Dr. Steven Munga, Leiter der Konferenz, betonte: „Wir sind nicht gegen die Regierung – wir wollen, dass sie ihre Verantwortung wahrnimmt. Wir haben sie gewählt. Sie soll uns geben, was wir von ihr erwarten können. Wir wollen sie dabei auch unterstützen.“

Wanderhirten vor dem Aus?

Der Klimawandel intensiviert die längeren Dürreperioden und die Versteppung in Tansania. In Folge dessen werden Wasser und Tierfutter knapper, sodass die Wanderhirten eigentlich mehr Land benötigen als früher. Auch das Bevölkerungswachstum verstärkt die Konkurrenz um den Zugang zu Ressourcen wie Land und Wasser. Die Landpolitik der tansanischen Regierung setzt dem traditionellen Lebensstil von Wanderhirten und Halbnomaden zunehmend Grenzen. So mussten die Massai angestammtes Gebiet für den Serengeti National Park und für die Ngorongoro Reservation Area räumen, weil ihr Lebensstil angeblich